

Änderungsantrag

der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Ralph Lenkert, Dorothee Menzner, Sabine Stüber, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/2500, 17/2502, 17/3523, 17/3524, 17/3525 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011
(Haushaltsgesetz 2011)**

**hier: Einzelplan 16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 02 wird der neue Titel „Energiesparfonds“ eingefügt. Der Titelansatz beträgt 2,5 Mrd. Euro.

Berlin, den 22. November 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Effiziente und sparsame Energienutzung kann mittelfristig für nahezu alle Probleme der Energiepolitik (Energiekostensenkung, Versorgungssicherheit, Klimaschutz) den schnellsten, größten und wirtschaftlichsten Lösungsbeitrag leisten und dabei positive Nettoeffekte für Wirtschaft und Beschäftigung bewirken. Um dieses Potenzial zu erschließen, bedarf es einer „Energieeffizienz-Offensive“. Neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen müssen insbesondere Investitionszuschüsse bereitgestellt, aber auch Informationskampagnen und Handwerkerschulungen durchgeführt werden.

Nur durch die Verknüpfung verschiedener Maßnahmen und Instrumente können die nötige Breitenwirkung erzielt und neuen Technologien zum Durchbruch verholfen werden. Für die Koordinierung und Steuerung dieser Aufgaben soll ein

„Energiesparfonds“ als unabhängige Einrichtung des Bundes eingerichtet werden. Der Energiesparfonds soll ein breites Portfolio von Energieeffizienz-Programmen umfassen, die das Energiesparen für private Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung erleichtern. Dabei sollen sich spezielle Förderprogramme insbesondere an einkommensschwache Haushalte richten.

Der Energiesparfonds wird – beginnend im Jahr 2011 – für eine Laufzeit von zehn Jahren mit jährlich 2,5 Mrd. Euro ausgestattet. Zur Finanzierung soll zunächst ein Teil der Einnahmen aus der von der Fraktion DIE LINKE. geforderten Steuer auf die Sondergewinne der Stromversorger aus dem Emissionshandel verwendet werden.